

BEGRÜNDUNG

ZUR 47. ÄNDERUNG DES GEMEINSAMEN FLÄCHENNUTZUNGSPLANES

DES PLANUNGSVERBANDES SÜDERBRARUP FÜR EINEN BEREICH IN DER GEMEINDE MOHRKIRCH, ZWISCHEN KRÄMERSTEEN UND SPORTPLATZ

ENTWURF

VERFAHRENSSTAND:

- FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND TÖB'S (§ 4 (1) BauGB)
- FRÜHZEITIGE BÜRGERBETEILIGUNG (§ 3 (1) BauGB)
- BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN, TÖB'S UND GEMEINDEN (§ 4 (2) BauGB)
- ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG (§ 3 (2) BauGB)
- ERNEUTE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG (§ 3 (3) BauGB)
- BESCHLUSS UND GENEHMIGUNG (§ 6 BauGB)

AUFGESTELLT:

PLANUNGSBÜRO SPRINGER
ALTE LANDSTRASSE 7, 24866 BUSDORF

TEL: 04621 / 9396-0
FAX: 04621 / 9396-66

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1	AUSGANGSSITUATION1
1.1	Geltungsbereich.....1
1.2	Bestand.....1
1.3	Grundlage des Verfahrens1
1.4	Rechtliche Bindungen1
2	ZIEL UND ZWECK DER PLANUNG2
2.1	Planungserfordernis und Planungsziele2
3	PLANINHALT UND FESTSETZUNGEN.....3
3.1	Art der Nutzung.....3
3.2	Verkehrliche Erschließung3
3.3	Ver- und Entsorgung.....3
3.4	Immissionsschutz.....3
3.5	Grünordnung.....4
3.6	Hinweise5
B	UMWELTBERICHT6
1	VERANLASSUNG UND AUFGABE DES UMWELTBERICHTS6
2	BESTANDSAUFNAHME6
2.1	Lebensraumtypen6
2.2	Pflanzen und Tiere.....7
2.3	Geologie, Boden und Relief12
2.4	Wasser.....13
2.5	Klima/Luft.....14
2.6	Landschaft14
2.7	Biologische Vielfalt.....15
2.8	FFH-Gebiete, EU-Vogelschutzgebiete15
2.9	Mensch und Gesundheit15
2.10	Kultur- und sonstige Sachgüter16
2.11	Emissionsvermeidung und Entsorgung16
2.12	Energetische Ressourcen17
2.13	Wechselwirkungen.....17
3	ZIELE DES UMWELTSCHUTZES FÜR DAS PLANGEBIET18
3.1	Übergeordnete Planungen18

4	BESCHREIBUNG DER PLANUNG	19
4.1	Inhalt und wichtigste Ziele der Planung.....	19
4.2	Vermeidung, Verringerung, Ausgleich von Eingriffen	20
4.3	Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten.....	20
5	BESCHREIBUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN	20
5.1	Auswirkungen auf die Umweltbelange	21
5.1.1	Mensch	21
5.1.2	Tiere und Pflanzen.....	22
5.1.3	Boden	25
5.1.4	Wasser.....	26
5.1.5	Klima / Luft.....	26
5.1.6	Landschaftsbild	27
5.1.7	Kultur- und sonstige Sachgüter	27
5.2	Zusätzliche Angaben im Umweltbericht.....	28
5.3	Maßnahmen zur Überwachung	28
6	ZUSAMMENFASSUNG	28

Anlage:

Prognose von Schallimmissionen durch die DEKRA Automobil GmbH aus Hamburg vom
27.12.2017

B e g r ü n d u n g

zur 47. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes des Planungsverbandes im Amt Süderbrarup, Kreis Schleswig-Flensburg für einen Bereich in der Gemeinde Mohrkirch - zwischen Krämersteen und Sportplatz

1 Ausgangssituation

1.1 Geltungsbereich

Der Planbereich liegt westlich der Ortslage Mohrkirchs, im Bereich Mohrkirch-Westerholz zwischen der Straße Krämersteen im Norden und dem Sportplatz im Süden. Der Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes umfasst insbesondere das Flurstück 12, Gemarkung Mohrkirch-Westerholz mit einer Größe von ca. 2.885 m².

Die genaue Planbereichsabgrenzung ist der Planzeichnung im Maßstab 1:5.000 zu entnehmen.

1.2 Bestand

Das Flurstück 12 ist mit einem Gebäude bebaut, in dem früher die Sportlergaststätte untergebracht war. Hier finden sich außerdem die Räume der Landjugend Mohrkirchs.

Im nördlichen Bereich des Flurstückes befindet sich ein privater Parkplatz, im Süden sind Rasenflächen vorhanden.

Entlang der östlichen Planbereichsgrenze verläuft ein Knick.

Im Süden grenzt der Sportplatz an, im Westen befindet sich der zum Sportplatz gehörende Parkplatz.

1.3 Grundlage des Verfahrens

Grundlage des Verfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I, S. 3634) in der derzeit gültigen Fassung.

In der Sitzung am 06.12.2017 beschloss der Planungsverband die Aufstellung der 47. Flächennutzungsplanänderung.

1.4 Rechtliche Bindungen

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB besteht für die Gemeinde eine so genannte 'Anpassungspflicht' an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung, d.h. Bedenken aus Sicht der Landesplanung unterliegen nicht der kommunalen Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB.

Der Planbereich liegt gem. des **Landesentwicklungsplanes** (LEP 2010) im ländlichen Raum.

Im **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum V (2002) sind für das Plangebiet keine Darstellungen enthalten.

Der **Regionalplan** für den Planungsraum V (2002) enthält für den Planbereich keine gesonderten Darstellungen.

Im gültigen **Flächennutzungsplan** des Planungsverbandes Süderbrarup ist der Planbereich als Fläche für Gemeinbedarf dargestellt. Zukünftig sollen die Flächen als Wohnbauflächen dargestellt werden. Diese Darstellung weicht damit in der Art der Nutzung von den Darstellungen des gültigen Flächennutzungsplanes ab.

Die damit notwendige Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4 gemäß § 8 Abs. 3 BauGB. Inhaltlich wird der Bebauungsplan aus den künftigen Darstellungen des Flächennutzungsplanes entwickelt.

Im **Landschaftsplan** des Amtes Süderbrarup sind die vorhandene Bebauung und die Grünstrukturen dargestellt. Im Entwicklungsteil sind keine Darstellungen enthalten.

Das nächstgelegene **FFH-Gebiet** ist im Süden das 'Wellspanger-Loiter-Oxbek-System und angrenzende Wälder' (1324-391) in einer Entfernung von ca. 3,2 km.

Schutzverordnungen und gesetzliche Bindungen

Die Knicks sind nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG als geschützte Biotope zu bewerten.

2 Ziel und Zweck der Planung

2.1 Planungserfordernis und Planungsziele

Mit der Aufstellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung einer Wohnbaufläche im Bereich Mohrkirch-Westerholz geschaffen werden. Hierzu wird im Parallelverfahren auch der Bebauungsplan Nr. 4 erstellt.

Die Gemeinde Mohrkirch möchte das Gebäude der ehemaligen Gaststätte am Sportplatz verkaufen. Die Kaufinteressenten planen die Umnutzung des Gebäudes zu Wohnzwecken. Weiterhin soll ein Atelier eingerichtet werden, in dem auch Schulungen stattfinden können. Diese Umnutzung ist nach den bisherigen Darstellungen im Flächennutzungsplan (Fläche für Gemeinbedarf) und durch die Lage des Plangebietes im Außenbereich nicht zulässig. Daher soll das Grundstück durch einen Bebauungsplan überplant werden. Im Parallelverfahren wird der Flächennutzungsplan durch den Planungsverband geändert.

Die Bauflächen sollen entsprechend der zugedachten Nutzung gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO als Wohnbauflächen dargestellt werden.

Die Planung entspricht aus Sicht der Gemeinde dem in Ziffer 2.7 LEP 2010 dargelegten Grundsätzen für eine geordnete, unter städtebaulichen, ökologischen und landschaftlichen Aspekten verträgliche Siedlungsentwicklung, wonach u.a. leer stehende oder leer fallende Bausubstanz in bebauten Ortslagen modernisiert und angemessen genutzt werden soll.

3 Planinhalt und Festsetzungen

3.1 Art der Nutzung

Der geltende Flächennutzungsplan weist den ca. 0,29 ha großen Änderungsbereich derzeit als Flächen für die Landwirtschaft aus. Die Darstellungen werden durch diese Änderung des Flächennutzungsplanes aufgehoben.

Im Geltungsbereich der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes wird nun entsprechend der zugedachten Nutzungen als Wohnbaufläche (W) gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO dargestellt.

3.2 Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung ist über die Straße Krämersteen vorhanden.

Neue Straßen oder Verkehrsflächen müssen für diese Änderung des Bebauungsplanes nicht angelegt werden.

3.3 Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind vorhanden und werden entsprechend des Bedarfes ausgebaut:

Die Versorgung mit elektrischer Energie wird über das Netz der Schleswig-Holstein Netz AG sichergestellt.

Die Erdgasversorgung erfolgt durch Anschluss an das Netz der Schleswig-Holstein Netz AG.

Die Grundstücke werden über das Trinkwasserversorgungsnetz des Wasserbeschaffungsverbandes Mittelangeln versorgt.

Die Schmutzwasserbeseitigung erfolgt durch Anschluss des Schmutzwassers an die vorhandene Kanalisation mit Zuführung zur gemeindlichen Kläranlage.

Niederschlagswasser soll weiterhin im Planbereich versickern. Bei einer Versickerung ist die erforderliche hohe Wasserdurchlässigkeit des Bodens (kf-Wert) nachzuweisen.

Die Müllbeseitigung erfolgt über die zentrale Müllabfuhr und ist durch Satzung über die Abfallbeseitigung im Kreis Schleswig-Flensburg geregelt.

Der Feuerschutz wird in der Gemeinde Mohrkirch durch die ortsansässige Freiwillige Feuerwehr gewährleistet. Die Löschwasserversorgung ist entsprechend den Vorgaben des Arbeitsblattes W 405 des DVGW sicherzustellen.

3.4 Immissionsschutz

Das zukünftig für Wohnzwecke genutzte Gebäude innerhalb des Planbereiches grenzt an einen Sportplatz und liegt in einer Entfernung von ca. 60 m zur Landesstraße L 23.

Der Sportplatz wird derzeit nicht für Trainingszeiten oder Punktspiele durch Fußballer genutzt. Um Beeinträchtigungen durch Freizeitlärm zu vermeiden, werden zukünftig nur solche sportlichen Ereignisse zulässig sein, die dem § 18 BImSchV entsprechen.

Die Landesstraße L 23 weist im Bereich Mohrkirch-Westerholz ein Tempo-Limit von 100 km/h auf. Im Januar 2018 wurde durch die DEKRA Automobil GmbH aus Hamburg eine Prognose von Schallimmissionen erstellt, um die im Bereich des Plangebietes zu erwartenden Geräuschimmissionen durch das zukünftige Verkehrsaufkommen auf der Landesstraße L 23 („Krämersteen“ / „Paradies“) zu ermitteln.

Die Untersuchung kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Im Rahmen der hier vorliegenden Schallimmissionsprognose sind die im Bereich des Plangebietes zu erwartenden Geräuschimmissionen durch das zukünftige Verkehrsaufkommen auf der Landesstraße „L 23“ zu ermitteln.

Die Ermittlung der Beurteilungspegel L_r erfolgte nach den Bestimmungen der 16. BImSchV. An den bestehenden Gebäuden innerhalb des Plangebietes ergeben sich folgende Beurteilungspegel durch den Verkehr auf der L 23:

- tags (6-22h) $L_{rT} \leq 56 \text{ dB(A)}$;
- nachts (22-6h) $L_{rN} \leq 47 \text{ dB(A)}$.

Die Orientierungswerte der DIN 18005 (Beiblatt 1) für allgemeine Wohngebiete von tags $OW_T = 55 \text{ dB(A)}$ und nachts $OW_N = 45 \text{ dB(A)}$ werden im Plangebiet teilweise überschritten. An den bestehenden Gebäuden wird der genannte Orientierungswert im Tageszeitraum geringfügig um $\Delta L_T = + 1 \text{ dB(A)}$ überschritten.

Im Nachtzeitraum ergibt sich an den vorhandenen Gebäuden eine Überschreitung um bis zu $\Delta L_N = + 2 \text{ dB(A)}$.

Legt man im Rahmen der Abwägung die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV mit $IGW_T = 59 \text{ dB(A)}$ im Tageszeitraum und $IGW_N = 49 \text{ dB(A)}$ im Nachtzeitraum zu Grunde, so ist eine Unterschreitung dieser Werte festzustellen. Auch ohne (aktive) Schallschutzmaßnahmen ist von gesunden Wohnverhältnissen auszugehen.

Für die bestehenden Gebäude sowie dem südlich hiervon gelegenen, unbebauten Bereich ergeben sich nach DIN 4109 maßgebliche Außenlärmpegel von $L_a \leq 60 \text{ dB(A)}$.

Bei Neu- und Umbauten in diesen Bereichen sind somit die Mindestanforderungen in Bezug auf den baulichen Schallschutz der Außenfassade gemäß DIN 4109 als ausreichend anzusehen.

Sofern die Baugrenze auf den Bereich mit maßgeblichen Außenlärmpegeln von $L_a \leq 60 \text{ dB(A)}$ beschränkt wird (d. h. bestehende Gebäude und südlicher Bereich), sind keine Festsetzungen zum Schallschutz erforderlich.

3.5 Grünordnung

Die grünordnerischen Belange werden im Einzelnen im nachfolgenden Umweltbericht abgehandelt. Innerhalb des weiteren Planverfahrens werden neben Maßnahmen zum Erhalt bestehender Gehölzstrukturen zur Minimierung des Eingriffs in Natur und Landschaft auch Aussagen zum Knickschutz getroffen.

3.6 Hinweise

Denkmalschutz:

Gemäß § 15 DSchG gilt: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Immissionsschutz:

Teilweise grenzen landwirtschaftliche Flächen an das Plangebiet. Auf die Grundstücke können Immissionen (Lärm, Staub, Gerüche), die aus einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen und Betriebe resultieren, einwirken.

4 Flächenverteilung

Der Geltungsbereich dieser F-Plan-Änderung umfasst eine Fläche von ca. 2.885 m², die vollständig als Wohnbauflächen gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO dargestellt wird.

B UMWELTBERICHT

1 VERANLASSUNG UND AUFGABE DES UMWELTBERICHTS

Mit der Aufstellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung einer Wohnbaufläche im Bereich Mohrkirch-Westerholz geschaffen werden. Hierzu wird im Parallelverfahren auch der Bebauungsplan Nr. 4 erstellt.

Die Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes wurde notwendig, um innerhalb des Geltungsbereiches auf einer Gesamtfläche von ca. 3.155 m² eine wohnbauliche Nutzung zu ermöglichen.

Für dieses Planverfahren ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen *erheblichen* Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden (§ 2 Abs. 4 BauGB). Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

2 BESTANDSAUFNAHME

2.1 Lebensraumtypen

Die Planbereichsfläche liegt westlich der Ortschaft Mohrkirch, südlich der Straße Krämersteen, nördlich des Sportplatzes. Der Planbereich hat eine Größe von ca. 3.155 m².



Die Bestandsaufnahme der Lebensraumtypen erfolgte durch das Planungsbüro Springer im Januar und Februar 2018. Die Darstellung dieser Lebensraumtypen wird entsprechend der Standartliste der Biotoptypen in Schleswig-Holstein (LLUR 2016) wiedergegeben. Die Kennzeichnungen der Biotoptypen sind in Klammern angegeben.

Einzelhausbebauung im Außenbereich (SDe)



Der Planbereich ist bereits bebaut. Das Grundstück ist durch die vorhandenen Gebäude, die bisher als Gasthof für die Sporteinrichtungen genutzt wurden, geprägt. Neben den Gebäuden sind befestigte Freiflächen (Terrasse, Zuwegungen und Stellplätze) vorhanden. Im Norden des Planbereichs stocken sechs geköpfte Linden (*Tilia cordata*) mit Stammdurchmessern von 30

bis 50 cm (siehe Foto). Der Vorplatz vor der ehemaligen Gaststätte ist asphaltiert bzw. mit Schotter befestigt. Auf diesen befestigten Flächen stocken die Linden.

Der rückwärtige Teil des Grundstücks ist als Garten mit Rasen, Ziergehölzen, Obstbäumen und Terrasse angelegt.

Knick (HWy)

Der Planbereich wird im Osten durch einen Knick auf der Flurstücksgrenze abgeschlossen. Dieser ist vor allem mit Haselnuss, Flieder, Hartriegel und Brombeere bestockt. Dieser Strauchbewuchs wurde vor einigen Jahren auf den Stock gesetzt und ist daher gleichförmig. Auf dem Knick stockt zusätzlich eine Stiel-Eiche, deren Stamm mit Efeu bewachsen ist. Dieser Überhälter hat einen Stammdurchmesser von ca. 50 cm. Der Knick ist gem. § 21 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG als Biotop geschützt.

Straßenverkehrsfläche (SZs)

Im Norden des Plangebietes liegt ein Bereich der Gemeindestraße „Krämersteen“. Diese Straße ist asphaltiert.

Angrenzende Nutzungen

Nördlich des Planbereichs liegt an der Straße Krämersteen ein weiteres bewohntes Gebäude. Im Osten liegt eine landwirtschaftliche Grünlandfläche. Südlich des Plangebietes liegt der Sportplatz der Gemeinde Mohrkirch, dessen befestigte Stellplätze westlich an den Planbereich angrenzen.

2.2 Pflanzen und Tiere

Wie aus der Beschreibung des Untersuchungsraumes zu entnehmen ist, handelt es sich bei dem betrachteten Planungsraum um eine durch die Bebauung und die gärtnerische Pflege geprägte Fläche. Der Planbereich ist durch den Garten, durch den östlich gelegenen Knick und die Obstgehölze als Lebensraum für eine an die Nähe zum Menschen und an die Störungen durch den Sportbetrieb angepasste Lebensgemeinschaft (Allerweltsarten) geeignet.

Im Mittelpunkt der artenschutzrechtlichen Betrachtung steht die Prüfung, inwiefern durch das Vorhaben innerhalb der bereits baulich genutzten Fläche Beeinträchtigungen von streng geschützten Tier- und Pflanzenarten zu erwarten sind.

Geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG bzw. § 21 LNatSchG sind mit dem östlichen Knick vorhanden.

Neben den Regelungen des § 44 BNatSchG ist der aktuelle Leitfaden zur Beachtung des Artenschutzrechts bei der Planfeststellung vom 25. Februar 2009 (Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV Schleswig-Holstein, Neufassung 2013)) maßgeblich. Demnach umfasst der Prüfraum der artenschutzfachlichen Betrachtung die europäisch streng geschützten Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL) sowie alle europäischen Vogelarten.

Methodik: Das für die artenschutzrechtliche Konfliktanalyse einzustellende Artenspektrum ergibt sich aus den Ergebnissen der Begehungen im Januar und Februar 2018 sowie aus der Abfrage der dem LLUR vorliegenden Daten zu Tierlebensräumen.

Im Mittelpunkt der Erfassung stand dabei das durch den Eingriff betroffene Vorhabengebiet. Horstbäume von Greifvögeln oder Nester von Krähen sind bei der Bestandsaufnahme in den Gartengehölzen, den geköpften Linden im nördlichen Planbereich und auf dem Überhänger des Knicks nicht festgestellt worden, sodass eine direkte Beeinträchtigung von Greifvögeln und anderen Nutzern dieser Nester, wie z.B. der Waldohreule, weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Im Zuge der Begehungen wurden die stärkeren Bäume des Planbereichs einer visuellen Prüfung unterzogen, um so Aussagen über Höhlenbrüter treffen zu können. Darüber hinaus können Baumhöhlen und ältere Gebäude Quartierhabitate für Fledermausarten darstellen.

Bei den Begehungen fand auch eine gezielte Suche nach Nestern und Fraßspuren der Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*) innerhalb des Vorhabengebietes statt.

Die Möglichkeit eines Vorkommens weiterer streng geschützter Arten wurde hinsichtlich einer potenziellen Habitateignung ebenfalls überprüft.

Nach § 44 BNatSchG sind nur die im Anhang IV FFH-Richtlinie aufgeführten Arten sowie sämtliche europäischen Vogelarten innerhalb einer artenschutzrechtlichen Prüfung relevant. Eine Betroffenheit nicht ersetzbarer Lebensräume weiterer streng geschützter Arten ist aufgrund der vorgefundenen Flächenausprägung auszuschließen. Eine weiterführende Betrachtung entfällt damit. Die artenschutzrechtliche Konfliktanalyse erfolgt in Anlehnung an den LBV-SH-Vermerk (2013) für landesweit gefährdete Arten auf Einzelartniveau - ungefährdete Brutvogelarten können zu ökologischen Gilden zusammengefasst betrachtet werden.

Die ökologische Ausstattung des Plangebietes ist aufgrund der vorliegenden Nutzungen als unterdurchschnittlich zu bewerten. Die potenziell vorhandenen Lebensräume sind aufgrund der vorhandenen Bebauung und der angrenzenden Sportplatznutzung deutlich durch den Menschen geprägt. Hieraus lässt sich auf Lebensräume der sog. „Allerweltsarten“ und Kulturfollower schließen.

Säuger

Teillebensräume (Tagesverstecke und Wochenstuben) von gebäude- und gehölzbesiedelnden Fledermausarten sind im Planbereich für die Gebäude und die Bäume im nördlichen Teil des Grundstücks nicht vollkommen auszuschließen.

Für streng geschützte Fledermäuse ist das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG durch das geplante Vorhaben daher nicht auszuschließen.

Als Teillebensraum geeignet sein können das im Planbereich gelegene Gebäude und dessen Nebengebäude. Diese bietet für gebäudebewohnende Arten, wie z.B. die Zwergfledermaus, ein grundsätzliches Quartierpotenzial (z.B. Holzzwischenräume, Hohlräume zwischen den Wänden und unter dem Dach). Bezogen auf Fledermäuse sind daher artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen erforderlich (siehe Kap. 5.1.2).

Es wurden im Bereich des Knicks keine Indizien (Schlafnester oder charakteristische Fraßspuren) für Vorkommen der nach Anhang IV FFH-RL und BArtSchV streng geschützten Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*) festgestellt. Das Vorhabensgebiet weist aufgrund der Lage in Schleswig-Holstein keine Habitategnung für diese Art auf.

Die aktuell bekannte Verbreitungssituation der Haselmaus in Schleswig-Holstein lässt ein Vorkommen der Art im Untersuchungsraum als sehr unwahrscheinlich erscheinen (KLINGE 2007 / http://www.nussjagd-sh.de/nussjagd_sh/ergebniskarte.php).

Die Wald-Birkenmaus (*Sicista betulina*) wurde bislang ausschließlich in Schleswig-Holstein im Naturraum Angeln sicher nachgewiesen. Vorkommen dieser Art werden im Planbereich nicht erwartet, da die Wald-Birkenmaus als Lebensraum vor allem bodenfeuchte, stark von Vegetation strukturierte Flächen, wie Moore und Moorwälder, Seggenriede oder auch Verlandungszonen von Gewässern bevorzugt. Typischerweise kommt sie in moorigen Birkenwäldern vor. Diese Lebensräume sind im Planbereich nicht vorhanden und die Art damit nicht betroffen.

Das Vorkommen sonstiger streng geschützter Säugetierarten (z.B. Fischotter, Wolf, Biber, Luchs) kann aufgrund der fehlenden Lebensräume ebenfalls ausgeschlossen werden. Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit liegt nicht vor.

Vögel

Eine eingriffsbedingte Betroffenheit von Rastvögeln ist auf der räumlich eng begrenzten Fläche am Rand der Ortschaft Mohrkirch auszuschließen. Landesweit bedeutsame Vorkommen sind hier nicht betroffen. Eine landesweite Bedeutung ist dann anzunehmen, wenn in einem Gebiet regelmäßig 2% oder mehr des landesweiten Rastbestandes der jeweiligen Art in Schleswig-Holstein rasten (LBV SH 2009/2013). Weiterhin ist eine artenschutzrechtlich Wert gebende Nutzung des Vorhabengebietes durch Nahrungsgäste auszuschließen. Eine existenzielle Bedeutung dieser Fläche für im Umfeld brütende Vogelarten ist nicht gegeben.

Brutvögel

Aufgrund der vorgefundenen Habitatausprägung des Vorhabengebietes kann unter Einbeziehung der aktuellen Bestands- und Verbreitungssituation ein Brutvorkommen für die in der nachfolgenden Tabelle angeführten Vogelarten angenommen werden. Maßgeblich ist dabei die aktuelle Avifauna Schleswig-Holsteins (BERNDT et al. 2003).

Potenzielle Vorkommen von Brutvögeln im Planungsraum sowie Angaben zu den ökologischen Gilden (G = Gehölzbrüter, GB = Bindung an ältere Bäume, GW = Bindung an Gewässer, B = Gebäudebrüter, O = Offenlandarten, OG = halboffene Standorte). Weiterhin sind Angaben zur Gefährdung nach der Rote Liste Schleswig-Holstein (KNIEF et al.2010) sowie der RL der Bundesrepublik (2016), 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, R = extrem selten, V = Arten der Vorwarnliste, + = nicht gefährdet), zum Schutzstatus (nach EU- oder Bundesartenschutzverordnung , s = streng geschützt, b = besonders geschützt, Anh. 1 = Anhang I der Vogelschutzrichtlinie)

Artname (dt)	Artname (lat)	Gilde	RL SH	RL BRD	Schutzstatus
Amsel	<i>Turdus merula</i>	G	+	+	b
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	O	+	+	b
Baumpieper	<i>Anthus trivialis</i>	OG	+	3	b
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	GB	+	+	b
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	G	+	+	b
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	GB	+	+	b
Dohle	<i>Corvus monedula</i>	GB	V	+	b
Dompfaff (Gimpel)	<i>Pyrrhula pyrrhula</i>	G	+	+	b
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	OG	+	+	b
Eichelhäher	<i>Garrulus glandarius</i>	GB	+	+	b
Elster	<i>Pica pica</i>	GB	+	+	b
Fasan	<i>Phasianus colchicus</i>	O	+	+	b
Feldschwirl	<i>Locustella naevia</i>	OG	+	3	b
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	GB	+	V	b
Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	G	+	+	b
Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>	GB	+	+	b
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	G	+	+	b
Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	GB	+	V	b
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	OG	+	V	b
Graugans	<i>Anser anser</i>	GW	+	+	b
Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	G	+	V	b
Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	G	+	+	b
Hänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	OG	+	V	b
Hausperling	<i>Passer domesticus</i>	OG	+	V	b
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	G	+	+	b
Klappergrasmücke	<i>Sylvia curruca</i>	G	+	+	b
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	GB	+	+	b
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	GB	+	+	b
Mäusebussard	<i>Buteo buteo</i>	GB	+	+	s
Mehlschwalbe	<i>Delichon urbicum</i>	B	+	V	b
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	G	+	+	b
Rabenkrähe	<i>Corvus corone corone</i>	GB	+	+	b
Rebhuhn	<i>Perdix perdix</i>	OG	V	2	b
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	GB	+	+	b
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	G	+	+	b
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	G	+	+	b

Artname (dt)	Artname (lat)	Gilde	RL SH	RL BRD	Schutz- status
Sommergoldhähnchen	<i>Regulus ignicapillus</i>	G	+	+	b
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	GB	+	+	b
Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>	OG	+	+	b
Türkentaube	<i>Streptopelia decaocto</i>	GB	+	+	b
Waldohreule	<i>Asio otus</i>	GB	+	+	s
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	G	+	+	b
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	G	+	+	b

Diese Auflistung umfasst überwiegend Arten, die nicht bzw. nur auf der Vorwarnliste der gefährdeten Arten stehen. Das Rebhuhn ist bundesweit als „stark gefährdet“ eingestuft. Darüber hinaus ist der Feldschwirl als „gefährdet“ in der Roten Liste enthalten.

Das im Plangebiet potenziell vorkommende Brutvogelspektrum umfasst vorwiegend nach der landesweiten Rote Liste ungefährdete Arten (vgl. Tabelle). Rebhuhn und Dohle gelten in Schleswig-Holstein als Arten der Vorwarnliste. Bundesweit gelten darüber hinaus Feldsperling, Gartenrotschwanz, Haussperling, Mehlschwalbe, Goldammer, Grauschnäpper und Hänfling als Arten der Vorwarnliste.

Der Großteil der aufgeführten Arten ist von Gehölzbeständen abhängig (Gebüsch- oder Baumbrüter wie z.B. Amsel, Mönchsgrasmücke oder Ringeltaube). Auch für die Bodenbrüter (z.B. Rotkehlchen, Fitis oder Zilpzalp) sind Gehölzflächen und Knicks wichtige Teilhabitate.

Offene Flächen im Übergang zur Landschaft sind potenzielle Lebensräume für den Fasan, die Goldammer und den Baumpieper. Aufgrund der vorgefundenen Lebensraumtypen ist insgesamt mit Vorkommen von Brutvögeln zu rechnen, die jedoch aufgrund der gegebenen Nutzungen und der vorhandenen Störungen durch die Nähe zum Menschen vor allem Allersorten angehören.

Derzeit ist vor allem der Knicke als Habitat für Brutvögel geeignet. Grundsätzlich sind die Knicks als geschützte Biotop und lineare Biotopverbundlinien wichtiger Bestandteil der Habitatstrukturen für Brutvögel.

Nester von Mehl- oder Rauchschnalben wurden in und an den Gebäuden nicht gefunden. Die älteren Obstbäume auf der Rasenfläche weisen Asthöhlungen auf. Ein Vorkommen des Steinkauzes (streng geschützte Eulenart) ist damit grundsätzlich möglich. Der Landesverband Eulenschutz weist jedoch für den Bereich Angeln weiträumig keine Bruten in den vergangenen Jahren nach (letzte Meldung im Jahr 2011 unter www.eulen.de). Insofern ist nicht von einem Brutpotenzial im Planbereich auszugehen.

Amphibien/Reptilien

Da der Planbereich und die direkt angrenzenden Flächen keine Oberflächengewässer aufweisen sind Lebensräume von Amphibien weitgehend auszuschließen. Der Garten kann als Landlebensraum von Amphibien (z.B. Erdkröte) bzw. als Teilhabitate für Eidechsen (Waldeidechse) dienen. Innerhalb des Planbereichs sind Lebensräume streng geschützter Arten (z.B. Laubfrosch oder Kreuzotter) aufgrund der Nutzungen nicht wahrscheinlich.

sonstige streng geschützte Arten

Die Ausstattung des Planbereichs mit Lebensräumen lässt ein Vorkommen sonstiger streng geschützter Arten nicht erwarten. Für den Nachtkerzenschwärmer fehlen die notwendigen Futterpflanzen (Nachtkerze, Weidenröschen, Blutweiderich), sodass Vorkommen auszuschließen sind.

Totholzbewohnende Käferarten (Eremit, Heldbock) sind auf abgestorbene Gehölze als Lebensraum angewiesen. Die Bäume des Planbereichs weisen kein Totholz (Faul- und Moderstellen) auf, sodass ein Vorkommen dieser Arten dort ebenfalls ausgeschlossen werden kann.

Zauneidechse, Kreuzotter sowie streng geschützte Libellenarten, Fische und Weichtiere sind aufgrund fehlender Habitate auch auszuschließen.

Pflanzen

Streng geschützte Pflanzenarten (Firnisländisches Silbermoos, Schierlings-Wasserfenchel, Kriechender Scheiberich, Froschkraut) sind im Planbereich nicht zu erwarten. Die betroffenen Standorte dieser Pflanzen sind in Schleswig-Holstein gut bekannt und liegen außerhalb des Plan- und Auswirkungsbereichs. Innerhalb des Planbereichs wurden keine Arten der Roten Liste festgestellt. Weitere Betrachtungen sind daher nicht erforderlich.

Die LANIS-Datenbank stellt außerhalb des Planbereichs Brombeerarten dar (*Rubus slesvicensis*, *vestitus* und *maximiformis*).

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Die Vorbelastungen bestehen in Störungen durch die bisher vorhandene Nutzung des Planbereichs als Gaststätte, durch die angrenzenden Straßen und durch die angrenzende Nutzung des Sportplatzes sowie der westlich gelegenen Stellplätze.

Aufgrund der möglichen Bruthabitate von heimischen Vögeln innerhalb des Knicks und durch mögliche Teillebensräume von Fledermäusen innerhalb des Gebäudes ist eine Empfindlichkeit von potenziell vorkommender Pflanzen- und Tierarten gegeben.

2.3 Geologie, Boden und Relief

Die heute anzutreffende Landschaftsform hat gemäß Landschaftsplan ihren Ursprung in den Gletscherablagerungen der letzten Eiszeit (Weichsel-Eiszeit). Die Gesteinsmassen wurden in mehreren Vergletscherungsphasen als Moränen staffelweise abgelagert. Die kuppigen Geländeformen entstanden durch ausströmendes Schmelzwasser oder sind auf Toteis zurückzuführen.

Das Gemeindegebiet Mohrkirch liegt in der Moränenlandschaft Angelns. Dieser Landschaftsausschnitt ist in der Geologischen Übersichtskarte M 1 : 200.000 (Blatt CC 1518 Flensburg) als Grundmoräne (Schluff, sandig, kiesig, tonig) wiedergegeben.

Als Haupt**bodentyp** in dieser Landschaftseinheit haben sich gemäß der Darstellungen der Bodenkarte des Landwirtschafts- und Umweltatlases verbreitet Pseudogley-Parabraunerden über dem anstehenden Lehm entwickelt. Der Bodentyp ist überwiegend durch Lehm geprägt.

Die Lebensraumfunktionen des Bodens sind vor allem auf Klein- und Kleinstlebewesen begrenzt. Die Wasserhaltungs- und Pufferfähigkeit ist aufgrund der vorliegenden Lehmböden eingeschränkt. Es ist eine geringe Grundwasserneubildung zu erwarten.

Die Bodenart ist für das Gemeindegebiet Mohrkirch typisch und großflächig verbreitet. Seltene Böden oder Moorböden sind nicht bekannt.

Archivfunktionen bzgl. kultur- und naturgeschichtlicher Gegebenheiten werden im Zuge der Baumaßnahme z.B. gem. § 15 Denkmalschutzgesetz berücksichtigt.

Das **Relief** ist im Gemeindegebiet landschaftstypisch für das östliche Hügelland stark bewegt. Der Planbereich fällt nach Süden ab und weist Geländehöhen von ca. 46 bis 42 m üNN auf.

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Vorbelastungen sind auf den Flächen des Planbereichs im Maße der bisher vorhandenen Nutzung (Versiegelung und Gartennutzung) vorhanden.

Eine besondere Empfindlichkeit des Schutzgutes ist aufgrund der für das Gemeindegebiet und die Region typischen Böden nicht festzustellen. Empfindlichkeiten sind jedoch im Bereich des östlich verlaufenden Knicks und der vorhandenen Gehölze gegeben, da diese bei einer zunehmenden Bodenverdichtung geschädigt werden können.

2.4 Fläche

Das Schutzgut Fläche ist durch die Novellierung des UVPG im Jahr 2017 in den Katalog der Schutzgüter des § 2 Abs. 1 UVPG aufgenommen worden. Dadurch wird der besonderen Bedeutung von unbebauten, unzersiedelten und unzerschnittenen Freiflächen sowie dem Aspekt der nachhaltigen Flächeninanspruchnahme, dem in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland eine wichtige Rolle zukommt, in besonderer Weise Rechnung getragen.

Der Planbereich ist bereits weitgehend bebaut und soll nur in der Art der Nutzungsmöglichkeiten verändert werden.

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Die Vorbelastung ist durch die vorhandene Nutzung (Bebauung) gegeben. Empfindlichkeiten bestehen daher nicht.

2.5 Wasser

Oberflächengewässer sind im Planbereich nicht vorhanden.

Die Neubildungs- oder Regenerationsfähigkeit des Grundwassers ist abhängig von der Bodenbedeckung der Flächen, dem Relief und dem mit beiden Faktoren zusammenhängenden Direktabfluss von Oberflächenwasser. Die Durchlässigkeit der Bodenschichten für Niederschlagswasser ist im Plangebiet aufgrund des zu anstehenden Lehms eingeschränkt. Die vorgesehene Versiegelung ist auf dem Grundstück bereits vorhanden.

Grundwasserflurabstände liegen entsprechend der Böden und der Höhenlage des Planbereichs ca. 1 bis 3 m unter der Geländeoberkante.

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Durch die vorhandene Versiegelung besteht eine Vorbelastung. Die erwarteten lehmigen Böden begründen eine geringe Grundwasserneubildungsrate und aufgrund der Pufferfähigkeit dieser Böden eine geringe Empfindlichkeit gegenüber Schadstoffeinträgen.

2.6 Klima/Luft

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Schleswig-Holstein ein kühles Land ohne extreme Temperaturwerte, da diese durch den Einfluss des maritimen Klimas gedämpft werden. Die Gemeinde Mohrkirch liegt in Angeln im Nahbereich der Schlei und der Ostsee. Vorherrschende Winde aus südwestlicher oder nordöstlicher Richtung sind klimabestimmend. Ausgeglichenere Temperaturen im Jahresgang mit geringen jahreszeitlichen Schwankungen in den mittleren Monatstemperaturen, Wolkenreichtum mit einer hohen Zahl von Regentagen sowie durch Hochnebel und Wolken bedingte kurze Sonnenscheindauer sind Merkmale dieses ozeanisch geprägten Klimas.

Die Jahresmitteltemperatur in der Region liegt mit ca. 8,2°C im Bereich der durchschnittlichen Temperatur in Schleswig-Holstein. Der jährliche Niederschlag liegt im Mittel bei 800 mm/Jahr (Landschaftsplan 1999).

In den Sommermonaten wirken sich die mit Vegetation bestandenen Flächen sowie der Knick aufgrund der Verdunstung und der Windbrechung positiv auf das Kleinklima aus; es kommt zur Erhöhung der Luftfeuchtigkeit und zur Senkung der Lufttemperatur sowie zur Brechung des Windes durch die Gehölzbestände.

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Eine Vorbelastung des Lokalklimas besteht hinsichtlich der vorhandenen versiegelten Flächen innerhalb des Planbereichs und auf angrenzenden Flächen. Diese Vorbelastung relativiert sich allerdings durch die regelmäßigen Windbewegungen im Nahbereich der Schlei und der Ostsee. Eine besondere Empfindlichkeit des Schutzgutes Klima / Luft ist aufgrund dieser Rahmenbedingungen nicht festzustellen.

2.7 Landschaft

Das großräumige Landschaftsbild der Gemeinde Mohrkirch ist durch das bewegte Gelände der Moränenlandschaft, durch die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die weit gestreute Bebauung gekennzeichnet. Strukturiert wird die Agrarlandschaft durch das relativ dichte Knicknetz und durch kleinere Waldflächen.

Erschlossen wird das westliche Gemeindegebiet von einer Vielzahl gemeindlicher Straßen und Wege sowie durch die Landesstraßen 23 und 187 sowie durch die Kreisstraße 127.

Der Planbereich selbst liegt westlich der Ortschaft Mohrkirch im Ortsteil Westerholz und ist durch die vorhandenen Gebäude und die befestigte Fläche vor dem Hauptgebäude der ehemaligen Gaststätte geprägt. Angrenzende Flächen sind ebenfalls baulich oder landwirt-

schaftlich genutzt. Südlich des Planbereichs wirkt sich die ebene Fläche des Sportplatzes auf das Landschaftsbild aus.

Der Planbereich hat für die Erholung aufgrund der geringen Größe keine Bedeutung.

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Vorbelastungen sind durch die vorhandene Bebauung gegeben, die allerdings durch den Knick und durch Gehölze gut eingebunden ist. Empfindlichkeiten sind nicht erkennbar.

2.8 Biologische Vielfalt

Die biologische Vielfalt eines Lebensraumes ist von den unterschiedlichen Bedingungen der biotischen (belebten) und der abiotischen (nicht belebten) Faktoren abhängig. Hinzu kommt die Intensität der anthropogenen Veränderung des Lebensraumes.

Der Planbereich ist aufgrund der bestehenden Nutzung und des südlich angrenzenden Sportplatzes durch den Menschen geprägt.

Vorbelastung und Empfindlichkeit

Die vorhandene Bebauung und die Nutzung der Flächen als Garten stellen die Vorbelastungen dieses Umweltbelanges dar. Aufgrund der vorhandenen Gehölzstrukturen sind auch im Nahbereich der Bebauung Empfindlichkeiten für Brutvögel gegeben.

2.9 FFH-Gebiete, EU-Vogelschutzgebiete

Gem. § 34 BNatSchG ist eine Prüfung von Vorhaben auf ihre Verträglichkeit mit den Schutz-Erhaltungszielen von Gebieten durchzuführen, die durch die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) und durch die Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung wildlebender Vogelarten geschützt sind. Die nächstgelegenen Natura 2000 Gebiete sind im Westen das FFH-Gebiet 1325-333 „Rehbergholz und Schwennholz“ in einer Entfernung von ca. 4,5 km und im Süden das FFH-Gebiet 1324-391 „Wellspanger-Loiter-Oxbek-System und angrenzende Wälder“ in einer Entfernung von ca. 3,2 km. Aufgrund der Entfernung des Planbereichs zu diesen Schutzgebieten und aufgrund der vom Vorhaben ausgehenden geringen Wirkfaktoren sind Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele dieser Gebiete nicht zu erwarten.

2.10 Mensch und Gesundheit

Der Mensch und seine Gesundheit können in vielerlei Hinsicht unmittelbar oder mittelbar beeinträchtigt werden, wobei sich Überschneidungen mit den übrigen zu behandelnden Schutzgütern ergeben. Im Rahmen der Umweltprüfung sind allein solche Auswirkungen relevant, die sich auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen beziehen, nicht jedoch solche, die wirtschaftliche oder sonstige materielle Grundlagen betreffen (auch wenn dies durchaus Konsequenzen für Gesundheit und Wohlbefinden haben kann). Gesundheit und Wohlbefinden sind dabei an die drei im Plangebiet und den angrenzenden Bereichen bestehenden und geplanten Funktionen Arbeit, Wohnen und Erholen gekoppelt. Dabei wer-

den jedoch nur Wohnen und Erholung betrachtet, da Aspekte des Arbeitsschutzes nicht Gegenstand der Umweltprüfung sind.

Zu betrachten sind die direkten Auswirkungen auf das Wohnumfeld (visuelle Beeinträchtigungen, Lärm, Immissionen) und auf die Erholungsfunktion (visuelle Beeinträchtigungen, Lärm).

Der aktuelle und aufgrund der Planungsabsichten künftig zu erwartende Zustand im Umfeld des Planbereichs stellt sich für die Funktionen 'Wohnen' und 'Erholung' wie folgt dar:

a) Wohnen

Neben der Wohnbebauung stellen die Land- und die Forstwirtschaft die Hauptnutzung in der Gemeinde dar. Angrenzend an den Planbereich liegt die Landesstraße 23. Bezüglich des Straßenverkehrslärms hat die DEKRA eine „Prognose von Schallimmissionen“ (Bericht Nr. 244-86/A42867/551225661-B01 vom 19.01.2018) vorgelegt. Die Zusammenfassung zu dieser Prognose ist dem Kap. 5.1.1 zu entnehmen.

b) Erholung

Das unmittelbare Plangebiet hat für die Erholungsnutzung in der Gemeinde Mohrkirch aufgrund der derzeitigen Nutzung keine Bedeutung. Der frühere Gaststättenbetrieb wurde eingestellt. Der Sportplatz wird ebenfalls nicht mehr als solcher genutzt.

Vorbelastungen und Empfindlichkeit

Vorbelastungen sind vor allem durch die vorhandene Landesstraße gegeben. Hierdurch sind die Empfindlichkeiten des Schutzgutes Mensch begründet. Diesbezüglich wurde ein Gutachten erarbeitet.

2.11 Kultur- und sonstige Sachgüter

Kulturgüter (Kulturdenkmale, Bodendenkmale, archäologische Interessengebiete) sind innerhalb des Planbereichs nicht bekannt. Das ALSH hat als obere Denkmalschutzbehörde keine Hinweise zu Funden vorliegen. Insofern sind die Vorgaben des § 15 des Denkmalschutzgesetzes bezüglich möglicher zukünftiger Baumaßnahmen zu berücksichtigen.

Bestandteile der historischen Kulturlandschaft sind mit dem östlich verlaufenden Knick vorhanden. Dieser ist im Rahmen der Planung auch als geschütztes Biotop zu erhalten.

Als Sachgüter gelten die im Planbereich vorhandenen Gebäude.

Vorbelastungen und Empfindlichkeiten

Vorbelastungen sind durch die vorhandene Bebauung bzgl. des Knicks und für mögliches Kulturgut auf der bereits bebauten Fläche gegeben.

Empfindlichkeiten sind aufgrund des archäologischen Interessengebietes bei der Umsetzung der Bauvorhaben auf baulich bisher nicht genutzten Flächenteilen zu berücksichtigen.

2.12 Emissionsvermeidung und Entsorgung

Emissionen sind aus dem Plangebiet aufgrund der vorgesehenen Nutzung als Wohnbaufläche auf einem bereits bebauten Grundstück nicht zu erwarten.

Bezüglich der sonstigen Emissionen (z.B. Verkehr) sind aufgrund der geringen Größe des vorgesehenen Baugebietes ebenfalls keine weiteren Emissionen durch zunehmenden Verkehr zu erwarten. An der bisherigen Entsorgung innerhalb des Gebietes werden sich keine Veränderungen ergeben.

Vorbelastungen und Empfindlichkeiten

Besondere Vorbelastungen oder Empfindlichkeiten sind nicht zu erkennen.

2.13 Energetische Ressourcen

Das vorhandene Gebäude wird nach heutigem Stand der Technik beheizt und mit Energie versorgt. Beeinträchtigungen bezüglich der Umweltbelange sind hier nicht zu erwarten.

2.14 Wechselwirkungen

Die zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Diese Wechselwirkungen und Querbezüge sind bei der Beurteilung der Folgen eines Eingriffs zu betrachten, um sekundäre Effekte und Summationswirkungen erkennen und bewerten zu können. In der folgenden Beziehungsmatrix sind zunächst zur Veranschaulichung die Intensitäten der Wechselwirkungen dargestellt und allgemein bewertet.

Die aus methodischen Gründen auf Teilsegmente des Naturhaushaltes, die so genannten Umweltbelange, bezogenen Auswirkungen betreffen also in Wirklichkeit ein komplexes Wirkungsgefüge. Dabei können Eingriffswirkungen auf einen Belang indirekte Sekundärfolgen für ein anderes Schutzgut nach sich ziehen. So hat die Überbauung von Böden im Regelfall Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, indem der Oberflächenabfluss erhöht und die Grundwasserneubildung verringert wird. Zusammenhänge kann es aber auch bei Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen geben, die neben den erwünschten Wirkungen bei einem anderen Umweltbelang negative Auswirkungen haben können. So kann z.B. die zum Schutz des Menschen vor Lärm erforderliche Einrichtung eines Lärmschutzwalles einen zusätzlichen Eingriff ins Landschaftsbild darstellen oder die Unterbrechung eines Kaltluftstromes bewirken.

	B	Umweltbelange						Mensch	
		Boden	Wasser	Klima	Tiere + Pflanzen	Landschaft	Kulturgüter	Wohnen	Erholung
A			●	•	●	•	●	•	-
	Boden		●	•	•	•	•	•	•
	Wasser	●		•	•	•	•	•	•
	Klima	•	•		•	-	•	●	•
	Tiere + Pflanzen	•	•	•		●	•	•	•
	Landschaft	-	-	-	•		●	•	●
	Kulturgüter	-	-	-	•	●		•	•
	Wohnen	•	•	●	•	●	•		●
	Erholung	-	•	-	●	•	•	•	

A beeinflusst B: ● stark • mittel • wenig - gar nicht

Der räumliche Wirkungsbereich der Umweltauswirkungen bleibt weitestgehend auf das Vorhabengebiet und dessen unmittelbare Randbereiche beschränkt. So führt der durch die Versiegelung hervorgerufene Verlust von möglichen Lebensräumen im Plangebiet nicht zu einer Verschiebung oder Reduzierung des Artenspektrums im Gemeindegebiet. Auch die örtlichen Veränderungen von Boden, Wasser und Klima/Luft führen nicht zu einer großflächigen Veränderung des Wasserhaushaltes und des Klimas einschließlich der Luftqualität. Über das Vorhabengebiet hinausgehende Beeinträchtigungen der Umwelt infolge von Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind daher nicht zu erwarten.

3 ZIELE DES UMWELTSCHUTZES FÜR DAS PLANGEBIET

3.1 Übergeordnete Planungen

Im **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum V (2002) sind für das Plangebiet nur in Karte 2 Darstellungen bezüglich „struktureicher Kulturlandschaftsausschnitte“ enthalten.

Der **Regionalplan** für den Planungsraum V (2002) enthält für den Planbereich keine gesonderten Darstellungen.

Der **Flächennutzungsplan** des Planungsverbandes im Amt Süderbrarup stellt das Plangebiet derzeit als Fläche für Gemeinbedarf dar. Daher wird diese 47. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt.

Schutzverordnungen und gesetzliche Bindungen

Quelle:
<http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas/script/index.php>

Legende

- Naturschutzgebiete
- Landschaftsschutzgebiete
- EU-Vogelschutzgebiete
- FFH-Gebiete
- TK50
- Land

Der östlich die Planbereichsfläche begrenzende Knick ist gem. § 21 Abs. 1 Nr. 4 des LNatSchG als geschütztes Biotop zu bewerten.

4 BESCHREIBUNG DER PLANUNG

4.1 Inhalt und wichtigste Ziele der Planung

Die Gemeinde Mohrkirch möchte das Gebäude der ehemaligen Gaststätte am Sportplatz verkaufen. Die Kaufinteressenten planen die Umnutzung des Gebäudes zu Wohnzwecken. Weiterhin soll ein Atelier eingerichtet werden, in dem auch Schulungen stattfinden können.

Diese Umnutzung ist nach den bisherigen Darstellungen im Flächennutzungsplan (Fläche für Gemeinbedarf) und durch die Lage des Plangebietes im Außenbereich nicht zulässig. Daher soll das Grundstück durch einen Bebauungsplan (parallel erarbeiteter B-Plan Nr. 4 der Gemeinde Mohrkirch) überplant werden.

Die Bauflächen sollen im Flächennutzungsplan entsprechend der zugedachten Nutzung gemäß § 4 BauNVO als Wohnbaufläche dargestellt werden.

4.2 Vermeidung, Verringerung, Ausgleich von Eingriffen

Das Plangebiet ist bereits bebaut.

Die im Plangebiet möglichen Eingriffe in die Schutzgüter können durch folgende Maßnahmen gemindert werden.

- Eingriffe in das Knicknetz sollen vermieden werden.
- Die nördlich und nordöstlich des Gebäudes stockenden Bäume sollen als zu erhaltend im Bebauungsplan festgesetzt worden. Hierdurch werden Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes/Ortsbildes und von Tierlebensräumen vermieden.
- Die Versiegelung soll durch Festsetzungen auf das notwendige Maß beschränkt werden.
- Da die Grundstücksfläche bereits bebaut ist und Nebenanlagen (Terrasse, Vorplatzbefestigung und Wege) vorhanden sind, ist keine zusätzliche Versiegelung auf der Fläche zu erwarten. Ausgleichsmaßnahmen für die Versiegelung von Bodenfläche sind daher nicht zu erwarten.

4.3 Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Der Planbereich ist bereits bebaut. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird aufgrund der Umnutzung des Gebäudes notwendig. Eine Alternativenprüfung ist daher nicht durchgeführt worden.

Nullvariante

Die Nullvariante bezeichnet die Entwicklung der Plangebietsflächen ohne die Durchführung einer Planung. In diesem Falle kann das Vorhaben (Umnutzung zu Wohnraum und Schulungsräumen) im vorhandenen Gebäude (bisher Gaststätte des Sportplatzes) aufgrund der Lage innerhalb einer „Fläche für Gemeinbedarf“ planungsrechtlich nicht umgesetzt werden. Die Gebäude würden ungenutzt bleiben.

5 BESCHREIBUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die Gebäude sind im Planbereich bereits vorhanden. Da diese vorher als Gaststätte für die angrenzenden Sportanlagen genutzt wurde, ist die vorgesehene Umnutzung ohne die vorgelegte Bauleitplanung nicht möglich. Insofern sind aufgrund der Erhaltung der Gebäude und durch die lediglich geänderte Nutzung nur in geringem Maße Auswirkungen auf die Umweltbelange zu verzeichnen.

Auswirkungen auf Natur und Landschaft können folgenden Maßnahmen haben:

- Abriss und Neubau von Gebäuden innerhalb der dargestellten Baugrenze,

- Ergänzung von Nebenanlagen,
- Rodung von Bäumen (wird durch das Erhaltungsgebot für die nördlich und nordöstlich stockenden Linden verringert) ,
- Heranrücken der Bebauung an den geschützten Knick.

5.1 Auswirkungen auf die Umweltbelange

An dieser Stelle werden die voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung auf die Schutzgüter nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 a-d BauGB dargestellt und bewertet. Die Auswirkungen auf die zu betrachtenden Belange der Umwelt werden anhand der gesetzlichen Vorgaben, der Beschreibungen und Bewertungen, der Vermeidung durch Planung und der Beschreibung unvermeidbarer Beeinträchtigungen dargestellt.

5.1.1 Mensch

Gesetzliche Vorgaben

Nach § 50 BImSchG sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden wird. Maßgeblich für die Bewertung der Lärmbelästigung in der Bauleitplanung ist die DIN 18005, „Schallschutz im Städtebau“ und die TA Lärm.

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Da die Betroffenheit des Menschen, seiner Gesundheit und seines Wohlbefindens im Plangebiet an die Aktivitäten Wohnen und Erholen geknüpft sind, müssen insbesondere die Wirkfaktoren Lärm- und Schadstoffimmissionen betrachtet werden. Die visuellen Beeinträchtigungen werden in Kapitel 5.1.6 (Landschaftsbild) betrachtet.

Der Planbereich liegt nahe der Landesstraße 23. Diesbezüglich wurde für die parallel erfolgte Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4 von der DEKRA eine „**Prognose von Schallimmissionen**“ bezüglich des Wohngebietes durchgeführt. Zusammenfassend kommt diese Prognose zu folgendem Ergebnis:

„In Mohrkirch ist die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4 vorgesehen. Ziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage zur Umnutzung eines bestehenden Gaststättengebäudes zu Wohnzwecken. Im Rahmen der hier vorliegenden Schallimmissionsprognose sind die im Bereich des Plangebietes zu erwartenden Geräuschimmissionen durch das zukünftige Verkehrsaufkommen auf der Landesstraße „L 23“ zu ermitteln.

Die Ermittlung der Beurteilungspegel L_r erfolgte nach den Bestimmungen der 16. BImSchV. An den bestehenden Gebäuden innerhalb des Plangebietes ergeben sich folgende Beurteilungspegel durch den Verkehr auf der L 23: - tags (6-22h) $L_{rT} \leq 56 \text{ dB(A)}$; - nachts (22-6h) $L_{rN} \leq 47 \text{ dB(A)}$.

Die Orientierungswerte der DIN 18005 (Beiblatt 1) für allgemeine Wohngebiete von tags $OW_T = 55 \text{ dB(A)}$ und nachts $OW_N = 45 \text{ dB(A)}$ werden im Plangebiet teilweise überschritten. An den bestehenden Gebäuden wird der genannte Orientierungswert im Tageszeitraum geringfügig um $\Delta L_T = + 1 \text{ dB(A)}$ überschritten. Im Nachtzeitraum ergibt sich an den vorhandenen Gebäuden eine Überschreitung um bis zu $\Delta L_N = + 2 \text{ dB(A)}$.

Legt man im Rahmen der Abwägung die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV mit IGW T = 59 dB(A) im Tageszeitraum und IGW N = 49 dB(A) im Nachtzeitraum zu Grunde, so ist eine Unterschreitung dieser Werte festzustellen. Auch ohne (aktive) Schallschutzmaßnahmen ist von gesunden Wohnverhältnissen auszugehen.

Für die bestehenden Gebäude sowie dem südlich hiervon gelegenen, unbebauten Bereich ergeben sich nach DIN 4109 maßgebliche Außenlärmpegel von $L_a \leq 60$ dB(A). Bei Neu- und Umbauten in diesen Bereichen sind somit die Mindestanforderungen in Bezug auf den baulichen Schallschutz der Außenfassade gemäß DIN 4109 als ausreichend anzusehen. Sofern die Baugrenze auf den Bereich mit maßgeblichen Außenlärmpegeln von $L_a \leq 60$ dB(A) beschränkt wird (d. h. bestehende Gebäude und südlicher Bereich), sind keine Festsetzungen zum Schallschutz erforderlich.“

Entsprechend dieser Prognose ist damit die Nutzung des Gebäudes als Wohnhaus möglich.

Der Sportplatz wird derzeit nicht für Trainingszeiten oder Punktspiele durch Fußballer genutzt. Um Beeinträchtigungen durch Freizeitlärm zu vermeiden, werden zukünftig nur solche sportlichen Ereignisse zulässig sein, die dem § 18 BImSchV entsprechen.

Die **Erholungsnutzung** in der Gemeinde ist durch die Planung nicht beeinträchtigt.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Erhebliche Beeinträchtigungen des Menschen sind nicht zu erwarten. Zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Immissionen sind daher nicht erforderlich.

5.1.2 Tiere und Pflanzen

Gesetzliche Vorgaben

In § 1 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes sind allgemeine Anforderungen zur Sicherung des Schutzgutes Arten und Lebensgemeinschaften benannt:

"Zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt sind entsprechend dem jeweiligen Gefährdungsgrad insbesondere lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensräume zu erhalten und der Austausch zwischen den Populationen sowie Wanderungen und Wiederbesiedlungen zu ermöglichen,"

Darüber hinaus heißt es im § 1 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG:

"Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere wild lebende Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften sowie ihre Biotope und Lebensstätten auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten.“

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Knicks:

Der östlich des Planbereichs verlaufende Knick sollte erhalten werden. Auf dem Grundstück sind bereits Gebäude vorhanden. Darüber hinaus sollte im Bebauungsplan ein mind. 3 m breiter Schutzstreifen festgesetzt werden, der von jeglicher Bebauung frei zu halten ist. Hierdurch wird der Charakter des Knicks im Landschaftsbild und als Teillebensraum vor allem für Brutvögel erhalten. Die vorgeschriebene Knickpflege ist hierdurch nicht beeinträchtigt.

Artenschutz:

Der Planbereich ist aufgrund der bisherigen Nutzung als Gaststätte mit einem durch diese Nutzung bestimmten Garten sowie durch den östlich verlaufenden Knick als Teillebensraum vor allem für Brutvögel geeignet. Die Belange der zu erwartenden Vogelarten werden entsprechend der unterschiedlichen Gilden (siehe Tabelle im Kap. 2.2) erörtert.

Ungefährdete Vogelarten der Gebüsche und sonstigen Gehölzstrukturen

Die Arten dieser ökologischen Gilde (z.B. Amsel, Buchfink, Dompfaff, Rotkehlchen) benötigen Gehölzbestände als Lebensraum. Sie stellen häufige Brutvögel dar, die allgemein über stabile Bestände verfügen. Die dargestellten Arten sind gemäß der Roten Liste der Brutvögel in Schleswig-Holstein ungefährdet. Der Erhaltungszustand ist landesweit günstig (MLUR 2009).

Die Arten dieser Gilde sind im Bereich der Baufläche indirekt durch das Vorhaben betroffen, da die Gehölzbestände überwiegend erhalten werden. Durch die potenziellen Bautätigkeiten kann es insgesamt zu Scheuchwirkungen kommen, die nach deren Beendigung wieder entfallen. Die Gartenflächen und der Knick stehen wieder als Lebensraum zur Verfügung.

Die Arten dieser Gilde haben eine vergleichsweise hohe Toleranz gegen Störungen. Ausweichstandorte sind im räumlich eng begrenzten Bereich vorhanden. Somit ist die Verletzung des Verbots nach § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht zu besorgen.

Ungefährdete Vogelarten der Offenländer

Die Arten dieser ökologischen Gilde besiedeln weitgehend offene, gehölzfreie Lebensräume mit krautiger Vegetation, wie z.B. Äcker und Staudenfluren. Zu diesen Arten gehören z.B. Fasan, Rebhuhn und Bachstelze.

Die möglichen Arten sind gemäß der Roten Liste in Schleswig-Holstein ungefährdet, der Erhaltungszustand ist landesweit günstig. Eine Ausnahme stellt das Rebhuhn dar, das auf der Vorwarnliste steht. Darüber hinaus ist der Erhaltungszustand in einem Zwischenstadium angegeben.

Die Arten dieser Gilde sind im Bereich der Baufläche durch das Vorhaben nur gering betroffen, da die Fläche sehr kleinräumig und durch die vorhandenen Gehölze für die Vögel nur begrenzt überschaubar ist. Der Knick an östlichen Rand des Planbereichs bleibt erhalten. Grundsätzlich ist daher nicht vom Eintreten eines Zugriffsverbots gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG auszugehen. Ausweichstandorte für mögliche verscheuchte Individuen sind direkt angrenzend an den Planbereich vorhanden.

Ungefährdete Vogelarten der halboffenen Standorte

Die Arten dieser ökologischen Gilde besiedeln halboffene Standorte mit Gebüschen (Niststandort) und Ansitz- bzw. Singwarten im Übergang zu Offenländern als Nahrungshabitate. Zu diesen Arten gehören z.B. Goldammer und Baumpieper.

Die möglichen Arten sind gemäß der Roten Liste in Schleswig-Holstein ungefährdet, der Erhaltungszustand ist landesweit günstig.

Die Arten dieser Gilde sind im Bereich der Baufläche nur indirekt durch das Vorhaben betroffen, da die Gehölzbestände überwiegend erhalten werden. Durch die potenziellen Bautätigkeiten kann es jedoch zu Scheuchwirkungen kommen. Grundsätzlich ist daher vom Eintreten

eines Zugriffsverbots gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG auszugehen. Ausweichstandorte sind direkt angrenzend an den Planbereich vorhanden.

Zur Vermeidung des eintretenden Zugriffsverbotes ist der Beginn der möglichen Bauphase vor oder nach der Brutphase (15. März bis 31. Juli) zu legen. Dann ist anzunehmen, dass auch diese Arten infolge der Abbautätigkeit (Vergrämung) andere Bereiche aufsuchen werden.

Eine Verletzung des Verbots nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist insgesamt bei Einhaltung der beschriebenen Bauzeiten nicht zu besorgen.

Sollten Baumaßnahmen während der Brutzeit im Nahbereich der Knicks durchgeführt werden müssen, so sind zusätzliche konkrete Untersuchungen mit der Bestätigung von Brutvögeln bzw. der Klärung, dass keine Brutvögel beeinträchtigt werden können durchzuführen. Nur hierdurch ist zu gewährleisten, dass der Eintritt des Zugriffsverbots, in diesem Fall die erhebliche Störung während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit, ausgeschlossen wird.

Altbäume und Nischen in Gebäuden sind mögliche Teillebensräume von Fledermäusen. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes sollten dies berücksichtigen.

Betroffen sein kann jedoch das vorhandene Gebäude, das mögliche Teillebensräume für gebäudebewohnende Fledermausarten (z.B. Zwergfledermaus) bietet. Solange dieses Gebäude erhalten bleibt, sind keine Auswirkungen zu erwarten. Die Teillebensräume werden erhalten. Sollten hier jedoch strukturverändernde bauliche Maßnahmen vorgenommen bzw. das Gebäude zurückgebaut werden, sind hierfür Zeitfenster außerhalb der Winterruhe und außerhalb der Nutzung als Wochenstube zu nutzen. Daher sind für mögliche bauliche Tätigkeiten bzw. den Rückbau des Gebäudes Baufenster vom 15.04. bis 30.04. und vom 15.08. bis zum 30.09. vorzusehen. Soll ein Rückbau außerhalb dieser Baufenster erfolgen, ist durch einen Gutachter nachzuweisen, dass keine Beeinträchtigungen von Fledermäusen zu erwarten sind.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Artenschutz:

Beeinträchtigungen von Pflanzen und Tieren sind bei Erhaltung des Knicks und der Linden sowie bei Einhaltung der Bauzeitenregelungen nicht zu erwarten. Sind diese Regelungen nicht einzuhalten, sind konkrete Untersuchungen durchzuführen, ob durch die vorgesehenen Maßnahmen Zugriffsverbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden können.

Im Zuge der Baumaßnahmen eintretende Scheuchwirkungen außerhalb der Brutzeit werden durch ein Abwandern von Brutvögeln in angrenzende Bereiche kompensiert. Nach Beendigung der Baumaßnahmen stehen die Lebensräume und das entstehende Siedlungsgrün für eine Wiederbesiedlung zur Verfügung.

Bei Berücksichtigung der Bauzeitenregelung (Rodung von Gehölzen und Beginn der Baumaßnahmen außerhalb der Brutzeit) sind Auswirkungen auf brütende Vogelarten und auf Sommerlebensräume von Fledermäusen auszuschließen.

Knick

Der Knick am östlichen Rand der Baufläche ist zu erhalten. Sollten einzelne kleinere Gehölze entfernt werden, sind Auswirkungen auf Brutvögel zu vermeiden, wenn dies innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Zeitfensters zwischen dem 01.10. und dem 28./29.02. erfolgt.

Sollen größere Gehölze ab einem Stammumfang von 1 m (Durchmesser von ca. 32 cm) entfernt werden, sind Ausgleichspflanzungen gem. der „Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz“ vom 20.01.2017 innerhalb des Planbereichs durchzuführen.

5.1.3 Boden

Gesetzliche Vorgaben

Als Grundsatz der Bauleitplanung legt § 1 (5) des Baugesetzbuches fest:

"Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden."

Das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) stellt den Bodenschutz im § 1 Abs. 3 Nr. 2 wie folgt dar:

"Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere 2. Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktionen im Naturhaushalt erfüllen können."

Das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) stellt den Bodenschutz im § 4 Abs. 1 Nr. 1 wie folgt dar:

"Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden."

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Durch Versiegelung, Bodenabtrag, -auffüllung und -verdichtung wirkt sich der Eingriff auf die vorhandene Funktionsfähigkeit des Bodenhaushaltes aus. Besonders unter versiegelten Flächen werden die natürlichen Funktionen des Bodens gestört oder kommen vollständig zum Erliegen. Dies führt zu folgenden Beeinträchtigungen:

- Verlust des Bodens als Wasser-, Luft- und Nährstoffspeicher,
- Verlust des Bodens als Lebensraum für Tiere und Standort für Pflanzen,
- Verlust der Filter- und Pufferfunktion des Bodens für das Grundwasser.

Auf der Planbereichsfläche sind bereits Gebäude vorhanden, die nach derzeitigem Stand des Vorhabens auch erhalten werden sollen. Ziel der Bauleitplanung ist es, die Wohnnutzung in diesen Gebäuden zu ermöglichen.

Da auf dem Baugrundstück bereits eine Versiegelung durch die vorhandenen Gebäude gegeben ist, ist eine Mehrversiegelung nicht zu erwarten.

Vermeidung im Rahmen der Planung

Vermieden werden zusätzliche Versiegelungen auf dem Baugrundstück, wenn die Grundflächenzahl auf den vorhandenen Bestand bezogen wird und damit eine weitere Überbauung des Grundstücks nicht zulässt.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Da keine zusätzlichen Beeinträchtigungen des Bodens durch Versiegelung zu erwarten sind, sind Kompensationsmaßnahmen nicht notwendig.

5.1.4 Fläche

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Die Planbereichsfläche ist bereits bebaut. Ziel der Planung ist die Umnutzung des Gebäudes für die Wohnnutzung. Insofern werden keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fläche erwartet.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Es sind durch das Vorhaben keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes zu erkennen. Daher sind keine Kompensationsmaßnahmen vorgesehen.

5.1.5 Wasser

Gesetzliche Vorgaben

Zielvorgaben werden durch das Wasserhaushaltsgesetz (WHG). In den unter § 5 WHG aufgeführten allgemeinen Sorgfaltspflichten heißt es:

„(1) Jede Person ist verpflichtet, bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um
1. eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden,
2. eine mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt gebotene sparsame Verwendung des Wassers sicherzustellen,
3. die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts zu erhalten und
4. eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden.“

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Oberflächengewässer sind von der Planung nicht betroffen. Das Grundstück ist bereits bebaut. Entwässerungseinrichtungen sind vorhanden. Die Bauleitplanung ermöglicht die veränderte Nutzung der Gebäude. Hierdurch sind Auswirkungen auf das Grundwasser (zusätzliche Versiegelung und Ableitung des Niederschlagswassers) nicht zu erwarten.

Vermeidung im Rahmen der Planung

Maßnahmen zur Vermeidung und zur Minderung sind nicht vorzusehen.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind nicht zu erwarten. Eine Kompensation ist nicht erforderlich.

5.1.6 Klima / Luft

Gesetzliche Vorgaben

Zielvorgaben nach § 1 (3) Nr. 4 BNatSchG sind:

"Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere Luft und Klima auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen (...); dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien kommt eine besondere Bedeutung zu.“

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Die Gebäude und Befestigungen auf dem Baugrundstück sind bereits vorhanden. Zusätzliche Auswirkungen auf das örtliche und überörtliche Klima sind nicht zu erwarten.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind nicht zu erwarten. Eine Kompensation ist nicht erforderlich.

5.1.7 Landschaftsbild

Gesetzliche Vorgaben

Nach § 1 LNatSchG sind im besiedelten und unbesiedelten Bereich *"die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft"* auf Dauer zu sichern.

In § 1 Abs. 4 BNatSchG sind folgende Grundsätze formuliert:

Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere

- 1. Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren,*
- 2. zum Zweck der Erholung in der freien Landschaft nach ihrer Beschaffenheit und Lage geeignete Flächen vor allem im besiedelten und siedlungsnahen Bereich zu schützen und zugänglich zu machen.*

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Die Baufläche ist durch die bereits vorhandenen Gebäude, durch den östlich gelegenen Knick und durch die nördlich des Gebäudes stockenden Bäume geprägt. Diese Bestandteile des Landschafts-/Ortsbildes sollen erhalten werden. Eine Veränderung ist auch für das kleinräumige Landschaftsbild nicht zu erwarten.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen und Kompensation

Es sind bei Erhaltung des im Planbereich vorhandenen Knicks und der festgesetzten Bäume keine erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes festzustellen. Zusätzliche Kompensationsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

5.1.8 Kultur- und sonstige Sachgüter

Gesetzliche Vorgaben

Nach § 2 DSchG sind Denkmale Kulturdenkmale und Schutzzonen.

„Kulturdenkmale sind Sachen, Gruppen von Sachen oder Teile von Sachen aus vergangener Zeit, deren Erforschung oder Erhaltung wegen ihres besonderen geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen, städtebaulichen oder die Kulturlandschaft prägenden Wertes im öffentlichen Interesse liegen.“

„Schutzzonen sind Welterbestätten, soweit sie nicht als Kulturdenkmale geschützt sind, sowie Denkmalbereiche und Grabungsschutzgebiete.“

In § 1 Abs. 4 BNatSchG sind folgende Grundsätze formuliert:

Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere

- 1. Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.*

Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen

Eingetragene Kulturdenkmale sind in der direkten Umgebung des Planbereichs nicht vorhanden. Bei der Umsetzung möglicher weiterer Vorhaben ist der § 15 des Denkmalschutzgesetzes bezüglich gemachter Funde zu berücksichtigen.

Bestandteile der historischen Kulturlandschaft sind mit dem östlichen Knick vorhanden. Dieser wurden in der Planung berücksichtigt und entsprechend geschützt.

Sachgüter von an der Planung Unbeteiligten sind nicht betroffen.

5.2 Zusätzliche Angaben im Umweltbericht

Die Bestandsaufnahme basiert auf den im Rahmen von Ortsterminen gewonnenen Erkenntnissen. Zur Ermittlung der Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden ergänzend die Inhalte des Landschaftsrahmenplanes, des Landschaftsplanes und sonstiger öffentlich zugänglicher Quellen (z.B. Luftbilder) ausgewertet. Zusätzlich wurden die LANIS-Daten zu Flora und Fauna des LLUR ausgewertet. Für die Darstellung der Lärmimmissionen wurden die Inhalte der Prognose der Schallimmissionen der DEKRA übernommen

Besondere Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sind nicht aufgetreten, technische Lücken oder fehlende Kenntnisse wurden nicht festgestellt.

5.3 Maßnahmen zur Überwachung

Erhebliche und nicht ausgleichbare Umweltauswirkungen sind bei Beachtung der getroffenen Regelungen und Festsetzungen durch die Planung nicht zu erwarten.

Sofern die Maßnahmen ordnungsgemäß hergestellt und nicht widerrechtlich beseitigt werden, kann von einer dauerhaften Erhaltung ausgegangen werden, so dass eine zusätzliche Umsetzungskontrolle entbehrlich ist. Die Gemeinde behält sich ein Einschreiten vor, sofern Hinweise für einen nicht ordnungsgemäßen Zustand vorliegen oder sich die getroffenen Annahmen als fehlerhaft herausstellen.

6 ZUSAMMENFASSUNG

Mit der Aufstellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes des Planungsverbandes Süderbrarup wird eine Wohnbaufläche mit einer Größe von ca. 2.940 m² dargestellt. Hierdurch wird die Umnutzung des vorhabenden Gebäudes von einer Gaststätte zu einem Wohnhaus mit Schulungsräumen vorbereitet. Zusätzliche Versiegelungen sind auf dem Grundstück nicht vorgesehen.

Zusammenfassend werden die durch die Planung möglichen und zu erwartenden Auswirkungen auf die Umweltbelange aufgeführt:

Mensch: Auswirkungen auf den Menschen sind durch die Ausweisung der Wohnbebauung nicht zu erwarten. Immissionen von der L 23 aus sind im Rahmen einer Schallprognose ermittelt und berücksichtigt worden.

Tiere und Pflanzen: Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Arten nach § 44 BNatSchG sind bezüglich möglicher vorkommender Brutvögel und Fledermäuse im Bereich des Knicks und der vorhandenen Gebäude möglich. Durch die vorgeschlagenen Erhaltungsgebote von Gehölzen und Knicks sowie durch die im Umweltbericht genannten Bauzeitenregelungen sind diese Auswirkungen zu vermeiden.

Boden: Der Planbereich ist bereits bebaut. Neuversiegelungen sind nicht möglich, sodass eine Kompensation entfällt.

Wasser: Oberflächengewässer sind nicht betroffen. Auf den Planbereichsflächen anfallendes Niederschlagswasser wird wie bisher möglich vor Ort versickert. Überschusswasser wird an die Vorflut abgegeben.

Klima: Durch die bereits vorhandene Bebauung werden sich keine nachhaltigen Veränderungen des örtlichen Klimas ergeben.

Landschaftsbild: Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind mit der bereits vorhandenen Bebauung sowie der Erhaltung des Knicks und der nördlich der Gebäude stockenden Bäume nicht zu erwarten.

Kultur- und Sachgüter: Beeinträchtigungen von Kultur- oder Sachgütern sind aufgrund der bereits vorhandenen Gebäude nicht zu erwarten.

Auswirkungen auf FFH-Gebiete oder Schutzgebiete nach der EU-Vogelschutzrichtlinie sind aufgrund der vom Vorhaben ausgehenden Wirkfaktoren bezogen auf die Erhaltungsziele der in großer Entfernung liegenden Natura 2000 Gebiete nicht zu erwarten.

Gesamtbeurteilung:

Mit der Umsetzung der Inhalte der Bauleitplanung sind geringe zusätzliche Beeinträchtigungen der beschriebenen Umweltbelange verbunden. Diese Beeinträchtigungen sind aufgrund der Lage des Planbereichs als nicht als erheblich zu bezeichnen. Die größeren Gehölzstrukturen nördlich des Gebäudes und der östliche Knick sollten im Bebauungsplan als zu erhaltend festgesetzt werden.

Nach Durchführung der im Bebauungsplan festsetzbaren Maßnahmen ist von keinen erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen der untersuchten Umweltbelange auszugehen. Die Eingriffe in Natur und Landschaft entstehen nach derzeitigem Stand der Planung nicht.

Verfasser: Planungsbüro Springer
Alte Landstraße 7
24866 Busdorf
Tel. 04621-9396.0
mail: info@la-springer.de

7 LITERATUR- UND QUELLENANGABEN

AMT SÜDERBRAUP: Flächennutzungsplan und Landschaftsplan

BLAB, J. (1993): Grundlagen des Biotopschutzes für Tiere. Bonn - Bad Godesberg.

BERNDT, R.K et al.. (2003): Vogelwelt Schleswig-Holsteins, Band 5 Brutvogelatlas, 2. Aufl. Wachholtz Verlag Neumünster.

BORKENHAGEN, P, 1993: Atlas der Säugetiere Schleswig-Holsteins. - Landesamt f. Naturschutz u. Landschaftspflege Schleswig-Holstein, Kiel.

GÜNTHER, R., 1996: Die Amphibien und Reptilien Deutschlands. Gustav Fischer Verlag, Jena.

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (2006): Auswahl der nach Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) zu benennenden Gebiete Schleswig-Holsteins, Amtsblatt Schleswig-Holstein Ausgabe Nr. 39/40, 2.10.2006

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (2006): Erklärung zu Europäischen Vogelschutzgebieten in Schleswig-Holstein sowie Auswahl von nach Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates (FFH-Richtlinie) zu benennenden Gebieten, Amtsblatt Schleswig-Holstein Ausgabe Nr. 36, 4.9.2006

LANDESAMT FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE, SCHLESWIG HOLSTEIN (2010): Rote Liste der in Schleswig-Holstein gefährdeten Vogelarten

LLUR (2016): Kartieranleitung und Biotoptypenschlüssel für die Biotopkartierung Schleswig-Holstein, 2. Fassung (Stand Juli 2016)

LANDESBETRIEB FÜR STRASSENBAU UND VERKEHR SCHLESWIG-HOLSTEIN (LBV-SH), 2009: Beachtung des Artenschutzrechtes in der Planfeststellung - Neufassung nach der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12. Dezember 2007, Stand: 2013.

KLINGE, A., 2003: Die Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins - Rote Liste. 3. Fassung. LANU (Hrsg.): Schriftenreihe LANUSH-Natur-RL17. Flintbek

KLINGE, A, WINKLER C. (2005) Atlas der Amphibien- und Reptilien Schleswig-Holsteins

KLINGE, A, WINKLER C. (2016) Arbeitsatlas Amphibien- und Reptilien in Schleswig-Holstein

KNIEF, W. et al (2010): Die Brutvögel Schleswig-Holsteins. Rote Liste. - Landesamt f. Naturschutz u. Landschaftspflege Schleswig-Holstein, Kiel.

MEYNEN, E.; SCHMITHÜSEN, J. et al. (1962): Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands

MIERWALD, U. & ROMAHN, K. (2006): Die Farn- und Blütenpflanzen Schleswig-Holsteins, Rote Liste. - Landesamt f. Naturschutz u. Landschaftspflege Schleswig-Holstein, Kiel.

MINISTERIUM für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus: Regionalplan Planungsraum V, Neufassung 2002.

MINISTERIUM Umwelt, Natur und Forsten (2002): Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME (MLUR), 2009: Artenhilfsprogramm 2008.- Veranlassung, Herleitung und Begründung. Kiel.

RUNGE, F. (1986): Die Pflanzengesellschaften Mitteleuropas, Aschendorff Münster

WEGENER, U. (1991): Schutz und Pflege von Lebensräumen - Naturschutzmanagement -, Jena

Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Baugesetzbuch - BauGB in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke - Baunutzungsverordnung - BauNVO in der Fassung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)

Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz, Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 20.01.2017

Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege - Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zul. geä. 30.06.2017 (BGBl. I S. 2193)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG – in der Fassung der Bekanntm. vom 25.6.2005 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808)

Gesetz zum Schutz der Natur - Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG in der Fassung vom 24. März 2010 (GVOBl. Schl.-H. Nr. 6 S 301), zul. geä. am 27.05.2016 (GVOBl Schl.-H. 162)

Landesverordnung über gesetzlich geschützte Biotop (Biotopverordnung), Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 22. Januar 2009 (GVöBISH 2009 vom 19. Februar 2009 Nr. 2 S. 48) letzte berücksichtigte Änderung: mehrfach geändert (Art. 1 Ges. v. 27.05.2016, GVöBl. S. 162)

Runderlass des Innenministers und der Ministerin für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 09.12.2013 - Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht - Gl.Nr. 2130.98

Technische Bestimmungen zum Bau und Betrieb von Anlagen zur Regenwasserbehandlung bei Trennkanalisation Gl.-Nr.: 7521.4 Fundstelle: Amtsbl. Schl.-H. 1992 S. 829 Bekanntmachung des Ministers für Natur, Umwelt und Landesentwicklung vom 25. November 1992 – XI 440/5249.529 -

Die Begründung wurde durch Beschluss Planungsverbandes im Amt Süderbrarup am gebilligt.

Süderbrarup, _____.____._____

Planungsverbandsvorsteher